

Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

**Sammlung von Texten
für eine öffentliche Lesung
am 12.10.2024 in Hamburg**

Eine Einladung zum Mitmachen

Danke fürs kritische Durchlesen, für Vorschläge

Einleitung

Aus der Klage von Südafrika vor dem IGH, 29. Dezember 2023:

„Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie die Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen.

Selbst wenn ein schwerwiegender Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates erfolgte und Gräueltaten begangen wurden, sind Verstöße gegen die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkerrechts („Völkermordkonvention“ oder „Konvention“) weder gesetzlich noch moralisch gerechtfertigt.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, "einer der schwersten konventionellen Bombenkampagnen" in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt.“

Quelle: <https://www.icj-cij.org/case/192>; Übersetzung: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh>

Es ist völlig unmöglich, die täglichen Grausamkeiten und todbringenden Zerstörungen dieses Jahres und seine Bedeutung in nur einer Stunde auch nur ansatzweise darzustellen.

Diese grausamen Ereignisse sind vorläufiger Höhepunkt einer inzwischen etwa 8 Jahrzehnte andauernden Geschichte.

Wir können nur Spotlights auf diese Geschichte, die Katastrophe des vergangenen Jahres und mögliche Perspektiven richten.

Dies wollen wir aber nicht mit eigenen Worten tun, sondern ausschließlich mit Aussagen und Zitaten namhafter Organisationen und Personen, wie die UN, den Internationalen Gerichtshof, Menschenrechtsorganisationen, mit Hannah Arendt, Albert Einstein und anderen Stimmen. Zunächst geht es um die aktuelle Situation in Gaza und der Westbank, danach um die Frage, wie es dazu kommen konnte, also um die jahrzehntelange Geschichte der Besatzung. Sodann hören wir Stimmen zu den Perspektiven und der weiteren Entwicklung. Schließlich widmen wir uns der Rolle Deutschlands und den Handlungsmöglichkeiten, die wir hier haben.

1. Ein Jahr Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung

Das Institut für Palästinastudien (<https://www.palestine-studies.org>) teilt in seiner Palästina-Chronologie vom 3. Oktober 2024 mit:

„Um die 42.000 Palästinenser wurden durch israelische Streitkräfte in Gaza getötet, darunter mindestens 16.500 Kinder und 11.000 Frauen, und etwa 97.000 wurden seit dem 07.10.2023 verletzt. Mindestens 10.000 Menschen werden unter den Trümmern vermisst.

730 Palästinenser wurden seit dem 07.10.2023 durch israelische Streitkräfte und Siedler in der Westbank und in Ost-Jerusalem getötet, darunter 153 Kinder. Über 6.000 Menschen wurden verletzt. (...)

Über 1,93 Millionen Palästinenser, fast 85% der Gesamtbevölkerung von Gaza, wurden seit dem 07.10.2023 vertrieben. Es gibt einen kompletten Stromausfall in Gaza aufgrund der israelischen Blockade. Mindestens 79.000 Wohneinheiten wurden zerstört und 370.000 durch israelische Luftangriffe beschädigt. Die palästinensische Wasserbehörde berichtet, dass über 85% der Wasser- und Abwasserinstallationen in Gaza entweder komplett oder teilweise ihren Betrieb eingestellt haben.

Human Rights Watch titelt am 6. Oktober 2024: „Israel/Palästina: Ein Jahr des Horrors“. Der Artikel ergänzt: „Die Zahl derer, die unter dem Schutt begraben sind und Anderer, die an Hunger, Krankheit, Infektionen und Seuchen gestorben sind, ist vermutlich höher. Fast alle Zivilist*innen in Gaza sind auf einem Gebiet zusammengepfercht, das gerade einmal 3% des Territoriums von Gaza ausmacht. Fast alle leiden Hunger.

Kinder haben keine Schule und sind traumatisiert. (...)

Ganze Nachbarschaften wurden dem Erdboden gleich gemacht.

(...) Opfer von Rechtsbrüchen in Israel und Palästina sehen sich seit Jahrzehnten einer Wand der Straflosigkeit gegenüber.

Die israelische Politik der Apartheid und Verfolgung von Palästinenser*innen verschärft sich weiter, inklusive Landraub und tödliche Gewalt in der Westbank.“

<https://www.hrw.org/news/2024/10/06/israel/palestine-year-horror>

Human Rights Watch berichtet: „Am 31. Oktober 2023 griffen israelische Truppen rechtswidrig ein Wohnhaus in Gaza an, das eindeutig kein militärisches Ziel war. Ohne Vorwarnung trafen gegen 14.30 Uhr innerhalb von etwa 10 Sekunden vier Raketen das Gebäude, wodurch dieses vollständig zerstört wurde. Dabei kamen mindestens 106 Zivilist*innen, darunter 54 Kinder, ums Leben.

Dieses Massaker steht stellvertretend für viele andere.

Einige seien erwähnt:

- Das Mehlmassaker. Le Monde berichtet: Am 29. Februar 2024 wurden 118 Palästinenser getötet und 760 durch einen israelischen Luftangriff verletzt, während sie auf einen humanitären Hilfskonvoi warteten.
- Das Massaker im Al-Shifa-Krankenhaus. CNN berichtet: Nach dem Abzug der israelischen Armee Anfang April 2024 nach 14-tägiger Belagerung des Krankenhauses wurden mindestens 300 Leichen entdeckt. Die genaue Zahl ist schwer festzustellen, da die Leichen in- und außerhalb des Gebäudekomplexes unter Einsatz von Bulldozern vergraben wurden. Die Gebäude sind weitgehend zerstört.
- Das Massaker im Flüchtlingslager von Rafah. Palestine-Studies berichtet: Am Sonntag, 26. Mai 2024 warf Israel mindestens 8 Raketen auf das Zeltlager. 45 Palästinenser wurden getötet, 249 verletzt. Augenzeugenberichte und Videos offenbarten Kinder ohne Kopf und brennende Körper. Menschen verbrannten bei lebendigem Leib.
- Das Nuseirat-Massaker. Am 8. Mai 2024 wurden durch intensive Boden- und Luftangriffe auf das Flüchtlingslager Nuseirat 274 Palästinenser getötet, darunter 64 Kinder und 57 Frauen. Fast 700 Menschen wurden verletzt. Israelische Soldaten kamen getarnt in Fahrzeugen für humanitäre Hilfe.

<https://www.hrw.org/news/2024/04/04/gaza-israeli-strike-killing-106-civilians-apparent-war-crime>

Einige öffentliche Äußerungen israelischer Regierungsmitglieder und Militärs (aus der Klage Südafrikas):

- **Premierminister Netanjahu:** „Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns“. Er bezog sich dabei auf eine Bibelstelle, die lautet: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel".
- **Präsident Herzog:** Er machte deutlich, dass Israel nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten im Gazastreifen unterscheidet, und erklärte: "Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Diese Rede davon, dass die Zivilisten nicht wissen, dass sie nicht beteiligt sind, ist nicht wahr. Sie ist absolut nicht wahr. ... Und wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen.“
- **Verteidigungsminister Gallant:** „Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend“. Und zu den Truppen: "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen.“[...]
- **Minister für Kulturerbe Eliyahu:** "Der Norden des Gazastreifens, schöner als je zuvor. Alles ist in die Luft gesprengt und eingeebnet, einfach eine Freude für die Augen ... „ Er sprach sich gegen humanitäre Hilfe aus und schlug einen Atomangriff auf den Gazastreifen vor. Für ihn gab es keine unbeteiligten Zivilisten in Gaza.
- **Minister für Landwirtschaft Dichter:** Er erinnerte an die Nakba von 1948, bei der mehr als 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung vertrieben wurden oder geflohen sind, und erklärte: "Wir rollen gerade die Gaza Nakba aus".
- **Generalmajor der israelischen Armee Eiland:** „Um die Belagerung wirksam zu machen, müssen wir andere daran hindern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten. Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen. Wenn Ägypten und andere Länder es

vorziehen, dass diese Menschen im Gazastreifen umkommen, ist das ihre Entscheidung“. [...]

„Die internationale Gemeinschaft warnt uns vor einer humanitären Katastrophe in Gaza und vor schweren Epidemien. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken, so schwierig das auch sein mag. Schließlich werden schwere Epidemien im Süden des Gazastreifens den Sieg näher bringen. (...) Gerade sein ziviler Zusammenbruch wird das Ende des Krieges näher bringen.“

• **Armee-Reservist Yachin** in den sozialen Netzwerken: „Sei triumphierend und erledige sie, ohne jemanden zurückzulassen. Löscht die Erinnerung an sie aus. Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere können nicht länger leben... Jeder Jude mit einer Waffe sollte hinausgehen und sie töten. Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm nach Hause und erschieß ihn... wir wollen eindringen und zerstören, was vor uns ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören. Mit all unseren Kräften, vollständige Zerstörung, eindringen und zerstören.[...]

• **Oberst Bar-Sheshet**: „Wer hierher zurückkehrt, wenn er denn zurückkehrt, wird verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Landwirtschaft, kein gar nichts. Sie haben keine Zukunft.“

• Parlamentarier bedauerten öffentlich, dass jemand "Mitleid" mit den "unbeteiligten" Bürgern des Gazastreifens hat, indem sie wiederholt behaupteten, dass es „keine Unbeteiligten gibt“.

Diese Aussagen stellen eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die unkontrolliert und ungestraft geblieben ist.“

Quelle: <https://www.icj-cij.org/case/192>; Übersetzung: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh>

Kommentar: Den Worten folgten die entsprechenden Taten, inklusive Bombardierung mit Bomben mit bis zu 900 kg Sprengstoff auf dicht besiedelte Gebiete.

Dezember 2023: Südafrika erhebt Klage gegen Israel beim Internationalen Gerichtshof.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) nahm die Klage an und entschied am **26. Januar 2024**, dass das derzeitige Verhalten Israels im Gazastreifen die Gefahr eines Völkermords birgt und forderte Israel auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesen zu verhindern. Der Staat Israel müsse mit sofortiger Wirkung sicherstellen, dass sein Militär keine Handlungen begehe, die die Tötung oder sonstigen körperlichen oder seelischen Schaden bei palästinensischen Zivilisten zur Folge hätten. Dies schließt auch die Herbeiführung von Lebensbedingungen ein, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen.

Quelle: <https://www.icj-cij.org/case/192>; Übersetzung: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh>

Am 28. März 2024 wies der IGH Israel erneut an, diese vorläufigen Maßnahmen umzusetzen und ordnete weitere an: Angesichts der sich ausbreitenden Hungersnot muss Israel in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen unverzüglich die ungehinderte Versorgung der Bevölkerung und humanitäre Hilfe sicherstellen. Dafür müssen die Grenzübergänge offen gehalten und in Kapazität und Anzahl ausgeweitet werden.

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240328-pre-01-00-en.pdf>

Am 24. Mai 2024 wies der IGH Israel an, seine Militäroffensive in Rafah unverzüglich einzustellen und den Grenzübergang Rafah für die ungehinderte Lieferung von Dienstleistungen und Hilfsgütern zu öffnen.

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240524-pre-01-00-en.pdf>

Kommentar: Alle diese verbindlichen Anordnungen wurden von Israel ignoriert.

Weltweit wollen sich 13 Staaten der Klage Südafrikas anschließen, darunter auch europäische wie Belgien, Spanien und Irland.

Deutschland hat sich – als einziges Land der Welt – offiziell auf die Seite des beklagten Israels gestellt.

Kinder in Gaza

UN-News vom 13.06.2024:

die UN Gesundheitsorganisation berichtet von 32 Hungertoten, „darunter 28 Kinder unter 5 Jahren“. Der Generaldirektor der WHO warnte , dass „ein bedeutender Teil der Bevölkerung von Gaza nun mit katastrophalem Hunger und Hungersnot konfrontiert ist“.

„Bis heute wurden 8000 Minderjährige als akut unterernährt diagnostiziert und behandelt, darunter 1.600 Kinder mit der gefährlichsten Form von Unterernährung“.

(...) „Laut UNICEF können lebensrettende Behandlungen von gefährlich unterernährten Kindern immer weniger durchgeführt werden (...) nur noch zwei der drei Spezialzentren für Ernährungsstabilisierung für akut unterernährte Minderjährige in Gaza sind geöffnet.“

„Kinder sterben vor den Augen ihrer Familien, (...) die zunehmenden Kampfhandlungen in Gaza hindern weiterhin in erheblichem Maße Menschen am Zugang zu medizinischer Versorgung.“

„Die UN-Gesundheitsorganisation hat 480 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung in der Westbank seit dem 7. Oktober dokumentiert, mit 16 Toten und 95 Verletzten.“

<https://news.un.org/en/story/2024/06/1150996>

Bereits am 11. Juni 2024 berichtete UNICEF: Im südlichen Gazastreifen benötigen Schätzungsweise 3.800 Kinder eine lebensrettende Versorgung wegen mittelschwerer und schwerer akuter Unterernährung. Anhaltende Bombardierungen und Vertreibung verhindern die Behandlung von fast 3000 Kinder.

<https://www.unicef.org/sop/press-releases/almost-3000-malnourished-children-risk-dying-their-families-eyes-rafah-offensive>

UN-News vom 9. August 2024:

„Der Hochkommissar der UN für Menschenrechte, Volker Türk 'ist von den Aussagen des israelischen Finanzministers Bezalel Smotrich schockiert und entsetzt, wonach es zur Befreiung der Geiseln 'gerechtfertigt und moralisch' sei, zwei Millionen

Palästinenser verhungern zu lassen. Der Hochkommissar verurteilte diese Worte, die auch zu Hass gegen unschuldige Zivilisten aufhetzen, aufs Schärfste.“ (...)

<https://news.un.org/en/story/2024/08/1153001>

„**UNICEF** weist weiterhin auf die schlimme Situation der Kinder in Gaza hin, deren 'einzige Hoffnung zu überleben ein Waffenstillstand ist' berichtete der UNICEF-Sprecher Salim Oweis Journalisten in Genf (...). 'Das Leben der Kinder in Gaza im 10. Monat dieses Konflikts ist kein Leben. Wir können es nicht oft genug sagen – es gibt keinen sicheren Ort und alles geht zur Neige – Essen, Wasser, Treibstoff, Medizin, alles.' (...)

Herr Oweis war kürzlich in Gaza, wo er 'vom Ausmaß des Leidens, der Zerstörung und flächendeckenden Vertreibung schockiert war'. Er sprach von seinem Gang durch ein 'Labyrinth von Notbehelfsunterkünften', wo „man sich mühsam durch den Sand kämpfen muss, auf dem sie errichtet sind, und man den Gestank der Abwässer riecht, die die umliegenden Gehwege füllen. Wasser und Abfall sind ein großes Problem.

'Familien baten mich inständig um Seife und Hygieneartikel. Sie verwenden Wasser und Salz um ihre Kinder zu waschen oder kochen Wasser mit Zitronen auf gegen die Hautausschläge', sagte Herr Oweis. 'Sie sagen mir, dass Ärzte keine Möglichkeiten oder Medikamente haben, um sie zu behandeln, aufgrund ernsthafterer Krankheitsfälle, die stündlich eintreffen und weil es kein medizinisches Material in den Regalen gibt. Und so breiten sich die Ausschläge aus.'

Langsames Todesurteil: 'Ein krankes Kind im Gaza-Streifen hat damit ein Urteil für einen langsamen Tod erhalten, weil es nicht die Behandlung erhalten kann, die es benötigt, und es wird kaum lange genug überleben, um es da heraus zu schaffen,' sagt Herr Oweis. 'Ihre einzige Hoffnung zu überleben ist ein Waffenstillstand. Die Kinder von Gaza klammern sich noch an die Hoffnung, dass dieser Tag kommen wird.'“

<https://www.unicef.ch/de/aktuell/statements/2024-08-09/gaza-ein-horror-fuer-kinder> ; <https://www.unicef.ch/en/current/statements/2024-08-09/gaza-i-wish-my-child-would-die>

Willkürliche Verhaftungen und Folter in israelischen Gefangenenlagern

Ein Bericht der UN-Menschenrechtskommission vom 5. August 2024:

„Etwa 9.500 Palästinenser, darunter hunderte Frauen und Kinder, befinden sich derzeit in israelischer Haft. Eine unbekannte Anzahl wird willkürlich in Gefangenen- und provisorischen Lagern festgehalten.

Zahllose Zeugnisse von Männern und Frauen berichten von Gefangenen in käfigartigen Zellen, festgebunden an Betten, die Augen verbunden und in Windeln, nackt ausgezogen, ohne die notwendige Gesundheitsversorgung, Essen, Wasser und Schlaf. Manche berichten von Elektroschocks an ihren Genitalien, ebenso von Brandwunden von Zigaretten. (...) Einige Opfer sprachen auch von lauter Musik bis die Ohren bluteten, Angriffen durch Hunde, Waterboarding, Entzug von Decken und schwere sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt.

Angaben zu einer Gruppenvergewaltigung eines palästinensischen Häftlings, die nun auf schockierende Weise von Stimmen aus dem israelischen politischen Establishment und der Gesellschaft begrüßt wird, belegen eindeutig, dass der moralische Kompass verloren wurde ...“

<https://news.un.org/en/story/2024/08/1152831>

Dies ist nur ein kleines Spotlight auf das Grauen, das inhaftierte Palästinenser in israelischen Lagern erfahren.

Stimmen aus Gaza

Suhair Dabur (37): „Mein Gesicht war blau und mein ganzer Körper geschwollen. Ich hatte starke Schmerzen und es fühlte sich an, als sei meine rechte Hand und mein rechtes Bein abgeschnitten. Der Krankenwagen brachte mich zum Krankenhaus in Rafah und auf dem ganzen Weg rief ich nach meinen Kindern

und sagte ihnen, dass meine Kinder unter dem Schutt sind. Als ich im Krankenhaus ankam, waren meine Brüder dort und ich fragte immer wieder nach meinen Kindern. Alle erzählten mir, meine Kinder seien am Leben und würden so wie ich gerettet. Erst später an diesem Tag sagten sie mir, dass mein Mann, meine Kinder, mein Schwager Shadi und mein Schwager Ousamah und dessen ganze Familie tot waren.“

Muhammad Shams (70): „Über Lautsprecher befahlen uns die Soldaten, auf die Straße zu kommen. Sie befahlen uns, uns mit dem Gesicht zur Wand aufzustellen und zwangen uns, uns bis auf die Unterwäsche auszuziehen. Wir waren fast 300 Leute, nackt. Sie zwangen uns, niederzuknien und fesselten unsere Hände mit Kabelbindern. So ließen sie uns für 4 Stunden, verfluchten uns und unsere Mütter ständig. Sie schlugen uns mit ihren Gewehren auf den Kopf und auf andere Körperteile und traten uns ins Gesicht mit ihren Militärstiefeln. Ich blutete von den Tritten.“

Asmaa Hindi (22): „Ich fasste meinen Vater an den Beinen und zog ihn mit viel Mühe aus der Schusslinie. Er war von 3 Kugeln getroffen: eine in die Brust, eine in die Magengegend und die dritte, die die größte Verwundung verursachte, war auf Hüfthöhe. Seine Eingeweide lagen offen. Ich fand ein sauberes Stück Stoff und presste es auf die Wunde. Er sagte mir, ich solle gehen, als ob er wusste, dass er sterben würde und es keine Möglichkeit gab, ihn zu retten.“

https://www.btselem.org/voices_from_gaza

Stimme aus dem Westjordanland

Israelische Journalistin Amira Hass: Beschleunigung der De-facto-Annexionen im Westjordanland:

Am **11. Oktober 2023** wurden drei Bewohner des Dorfes Qusra südöstlich von Nablus — zwei von ihnen Jugendliche — durch scharfe Waffen getötet und acht weitere verletzt. Nach Angaben der

Dorfbewohner handelte es sich bei den Schützen um maskierte Siedler, die mit drei Geländewagen in das Dorf eindrangen. [...] Berichte gab es am 11. Oktober auch über Siedler, die auf Bauern schossen, die in dem Dorf Marda südwestlich von Nablus auf ihrem Land arbeiteten.

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/israelische-und-juedische-frauen-zum-maennerdominierten-krieg/>

Stimme aus Israel, August 2024

Drei 18-jährige Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen wurden zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt

Aus der Ablehnungserklärung von Wehrdienstverweigerer Yuval Moav, 18 Jahre:

„Mit meiner einfachen Handlung möchte ich mich mit meinen palästinensischen Brüdern und Schwestern solidarisch erklären. Ich weiß, dass jedes Kind in Gaza gezwungen ist, ein größerer Held zu sein, als ich es je sein werde.

Ich weiß, dass es Kinder – jünger als ich – gibt, die ohne eigenes Verschulden in israelischen Gefängnissen sitzen und deren Schmerz ich nie kennenlernen werde. Ich gebe auch zu, dass ich nicht die Mehrheitsmeinung in meiner Gesellschaft vertrete. Aber ich hoffe, mit meiner Aktion die Stimme derjenigen von uns zu erheben, die auf den Tag warten, an dem wir eine gemeinsame Zukunft aufbauen können, eine Gesellschaft, die auf Frieden und Gleichheit und nicht auf Besatzung und Apartheid beruht.“

<https://www.pressenza.com/de/2024/08/drei-18-jaehrige-wehrdienstverweigerer-aus-gewissensgruenden-zu-30-tagen-gefaengnis-verurteilt/>

Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof

Am 18. Januar 2024 [reichten](#) Chile und Mexiko vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Klage ein, um die mutmaßlichen Verbrechen "Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit" durch Israel in Gaza feststellen zu lassen.

ICAHD-Erklärung

„Alle Leben sind wertvoll, Punkt. Genau aus diesem Grund müssen wir jedoch den politischen Kontext betonen, wenn wir hoffen, jemals eine im Wesentlichen gerechte Lösung zu erreichen und weitere Tote und Leid zu verhindern.

Der Kontext ist klar. Die Palästinenser haben sich nie im Krieg mit den Juden befunden; sie haben sich gegen ein einseitiges Siedlerkolonialprojekt gewehrt, dessen erklärtes Ziel die Übernahme ihres Heimatlandes, die Umwandlung Palästinas in ein Land Israel und die Auslöschung des palästinensischen Volkes, seiner Kultur und seines Erbes ist.

Aufrufe zur „Beendigung der Gewalt“ reichen nicht aus.

Die einzige Möglichkeit, die Gewalt zu beenden und alle Leben in Palästina/Israel zu retten, besteht darin, das unterdrückerische Apartheidregime und seine Besatzung zu dekolonisieren und durch einen demokratischen Staat mit gleichen Rechten für alle zu ersetzen.

Wir sollten nicht länger von einem „Konflikt“ sprechen, in dem der palästinensische Widerstand kriminalisiert und Israels Expansion mit militärischen Mitteln als sein „Recht auf Selbstverteidigung“ dargestellt wird. Nur ein Wechsel zu einem antikolonialen Narrativ wird das Entstehen eines gerechten, friedlichen und sicheren postkolonialen Staates und einer gemeinsamen Gesellschaft ermöglichen.“

<https://www.icahd.de/icahd-erklaerung-zum-hamas-angriff-undisraels-unverhaeltnismaessigen-vergeltungsmassnahmen/>

2. Ethnische Säuberung und Besatzung Palästinas durch Israel

Die ersten Jahre Israels

Menachem Begin: „Die Palästinenser sind wilde Tiere, die auf zwei Beinen gehen.“ (Rede vor der Knesset, von Amnon Kapeliouk in „Begin and the beasts“ zitiert , New Statesman, 25.6.1982)
http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/zionismus_zitate_zur_nakba.htm
(Achtung! <https://www.quora.com/Is-it-true-that-former-Israeli-Prime-Minister-Menachem-Begin-said-The-Palestinians-are-beasts-walking-on-two-legs-New-Statesman-June-25-1982>)

Nathan Chofshi, 1959: „Wir Juden zwangen 1948 die Araber, Städte und Dörfer zu verlassen (...) Einige von ihnen wurden mit Waffengewalt vertrieben; andere wurden mit List, Lüge und falschen Versprechungen zur Flucht animiert (...) Wir sind gekommen und haben aus Arabern als Bewohnern dieses Landes tragische Flüchtlinge gemacht.“

Jewish Newsletter, New York, 9.2.1959

4. Dezember 1948: Brief von Albert Einstein, Hannah Arendt u.a. an die New York Times anlässlich des Besuches von Menachem Begin in den USA

(...) Der derzeitige Besuch von Menachem Begin, dem Führer der "Freiheitspartei", in den Vereinigten Staaten soll offensichtlich den Eindruck erwecken, dass die Amerikaner seine Partei bei den kommenden israelischen Wahlen unterstützen (...)

Die amerikanische Öffentlichkeit muss über die Bilanz und die Ziele von Herrn Begin und seiner Bewegung informiert werden.

(...) Ein schockierendes Beispiel war ihr Verhalten in dem arabischen Dorf Deir Yassin. Am 9. April 1948 griffen Terrorbanden dieses friedliche Dorf an, das kein militärisches Ziel in den Kämpfen war, töteten die meisten seiner Bewohner (240 Männer, Frauen und

Kinder) und ließen einige von ihnen am Leben, um sie als Gefangene durch die Straßen Jerusalems zu führen.

Der größte Teil der jüdischen Gemeinschaft war entsetzt über diese Tat, und die Jewish Agency sandte ein Entschuldigungstelegramm an König Abdullah von Transjordanien.

Doch die Terroristen schämten sich keineswegs für ihre Tat, sondern waren stolz auf dieses Massaker, machten es weithin bekannt und luden alle ausländischen Korrespondenten, die sich im Land aufhielten, ein, sich die aufgehäuften Leichen und die allgemeine Verwüstung in Deir Yassin anzusehen.

Der Vorfall von Deir Yassin ist ein Beispiel für den Charakter und die Handlungen der Freiheitspartei.

Die Unterzeichnenden fordern alle Beteiligten auf, diese jüngste Manifestation des Faschismus nicht zu unterstützen. (...)

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/231023-Einstein-Arendt-Brief-NYT-1948.pdf>

11. Dezember 1948: UN-Resolution 194

„Die Generalversammlung, nach Erörterung der Lage in Palästina,

[...] beschließt, dass den Flüchtlingen, die in ihre Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühesten möglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, und für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum (...) Entschädigung gezahlt werden soll;“

<https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar194-iii.pdf>

Nach dem „6-Tagekrieg“ hat Israel die palästinensischen Gebieten besetzt

22. November 1967: der UN-Sicherheitsrat

„betont „die Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege zu erwerben.“
Gefordert wird u. a. „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden.“

https://www.un.org/depts/german/sr/sr_67/sr242-67.pdf

Kommentar: Es gab keinen Rückzug.

1973: Israels früherer Ministerpräsident David Ben Gurion,
„Es ist unerlässlich, dass die Wasserressourcen, von denen die Zukunft des Landes abhängt, nicht außerhalb der Grenzen der künftigen jüdischen Heimstätte liegen. Aus diesem Grund haben wir stets verlangt, dass das Land Israel das Südufer des Litani-Flusses, den Oberlauf des Jordan und die Hauran-Region ab der El-Aura-Quelle südlich von Damaskus umfasst.“

Zitiert von Vandana Shiva, Der Kampf um das blaue Gold, S. 114 bis 116
(Rotpunktverlag 2003)

Nach dem **Osloer Abkommen 1993** waren wesentliche Fragen noch zu lösen, „darunter Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsregelungen, Grenzen, (...)“

(Abkommen vom 13. September 1993 zwischen Israel und der PLO, V,3
https://avalon.law.yale.edu/20th_century/isrplo.asp)

Jahr für Jahr: „Die UN-Generalversammlung erklärt, dass die israelischen Siedlungen in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen.“
Beschlüsse vom 5.5.1997, 20.10.2000, 10.12.2001, 20.12.2001, 7.5.2002, usw.

2002:

Palästinensischer Politiker und Anwalt Dr. Mustafa Barghouti

"Es gibt nur einen Weg, jegliche Gewalt zu beenden, und das ist die Beendigung der israelischen Besatzung. Wir sollten alle das gleichberechtigt leben, wir sollten alle Frieden haben, wir sollten alle Gerechtigkeit haben, und wir sollten in Würde leben. Der wichtigste Weg, dies zu erreichen, ist die Beendigung der Besatzung, das Ende des Apartheidsystems, auf das, wie ich glaube, kein Jude stolz sein kann. Die Zeit ist reif dafür, und die Zeit ist reif für Gerechtigkeit und Freiheit.

September 2003: Siebenundzwanzig Piloten der israelischen Luftwaffe, davon neun aktive, erklären:

„Wir, ehemalige und aktive Piloten, die dem Staate Israel gedient haben und noch dienen, sind dagegen, rechtswidrigen und unmoralischen Angriffsbefehlen des Typs zu folgen, wie Israel sie in den [besetzten] Gebieten ausführt... Wir, für die die IDF [die israelischen Verteidigungsstreitkräfte] und die Luftwaffe einen integralen Bestandteil ihres Seins darstellen, weigern uns, weiter unschuldige Zivilisten zu treffen ... Die fortgesetzte Besatzung verletzt zutiefst die Sicherheit des Landes und sein moralisches Rückgrat. (Ha'aretz 24.9.2003)

Die Blockade von Gaza

Im Jahre 2004 legte der israelische Demograph Arnon Sofer der Regierung von Ariel Sharon detaillierte Pläne für die Isolierung des Gazastreifens vor und machte folgende Überlegungen:

„ Wenn 2,5 Millionen Menschen in einem abgeriegelten Gazastreifen leben, wird das eine menschliche Katastrophe sein. Diese Menschen werden zu noch größeren Tieren werden, als sie es heute sind ... Der Druck an der Grenze wird furchtbar sein. Es wird ein schrecklicher Krieg werden. Wenn wir also am Leben bleiben wollen, werden wir töten, töten und töten müssen. Den ganzen Tag, jeden Tag ...

Das Einzige, was mich beunruhigt, ist die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die Jungen und Männer, die das Töten übernehmen müssen, nach Hause zu ihren Familien zurückkehren und normale Menschen sein können.“ (zitiert von Norman Paech, sept 2024, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=121634>)

Die sog. „Trennungsmauer“

25. Januar 2004 : Brief von israelischen Friedensorganisationen an die israelische Regierung: Nicht in unserem Namen!

(...) Wenn Ihre Regierung aufrichtig die Beendigung des Terrorismus und die Sicherheit für unser Volk wünschte, hätte sie sich aktiv in einem politischen Prozess engagiert und von einem einseitigen Akt des Baus einer Mauer, die nur die Okkupation und den Konflikt weiterführt, abgesehen. (...) Ihr wahres Ziel der Errichtung der Mauer entlang ihres gegenwärtigen aufdringlichen und inakzeptablen Verlaufs ist eher durch politische Ziele motiviert als durch echte Sicherheitsbelange. Das Ziel ist es, nach mehr und mehr palästinensischem Land zu greifen, große Siedlungsblöcke zu annektieren und am Ende die Möglichkeit eines existenzfähigen palästinensischen Staates auszuschließen.

Wir weigern uns, Teil eines dieser Bestrebungen zu sein, die wir auf Äußerte ablehnen. Ihre Vertreter vor dem Internationalen Gerichtshof sprechen nicht in unserem Namen oder im Namen von Millionen von Israelis, die sich nach einem Ende des Konfliktes sehnen.

9. Juli 2004: Gutachten des Internationalen Gerichtshofs: „Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die aus dem Bau der Mauer resultiert, nicht anzuerkennen und keine Hilfe und Beistand zu leisten, diese durch den Mauerbau geschaffene Situation aufrecht zu erhalten. (...)“

<https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/igh-gutachten-zum-mauerbau>

Am 20. Juli 2004 wurde das Rechtsgutachten des IGH durch die UN-Resolution ES-10/15 ratifiziert.

<https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n04/440/18/pdf/n0444018.pdf>

Diese Resolution wurde von 150 Nationen einschließlich der europäischen Länder bei sechs Gegenstimmen und zehn Enthaltungen angenommen.

29. Dezember 2023: Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof,

„1. Der Gaza-Streifen“

Ungeachtet des "Rückzugs" im Jahre 2005 übt Israel weiterhin die Kontrolle über den Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Landübergänge, das Wasser, die Elektrizität, die elektromagnetische Sphäre und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen aus (...) Der Gazastreifen von der internationalen Gemeinschaft immer noch als von Israel militärisch besetzt betrachtet.

Zwischen 2007 und 2010 regelte Israel die Einfuhr von Lebensmitteln in den Gazastreifen nach Maßgabe des Kalorienverbrauchs pro Person, um die Lebensmitteltransfers auf ein "humanitäres Minimum" zu beschränken

Vor allem aber haben sie in den letzten 13 Jahren vier höchst asymmetrische Kriege mit Israel erlebt, die enorme Verluste an zivilen Opfern und eine enorme Zerstörung von Eigentum zur Folge hatten.

Das Leid wurde von Antonio Guterres im Mai 2021 anerkannt, als er erklärte: "Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, dann ist es das Leben der Kinder in Gaza".

„ 2. Das Westjordanland“

Seit 1967 hat Israel 279 "Siedlungen" für israelische Zivilisten im gesamten Westjordanland errichtet - darunter 14 Siedlungen in Ostjerusalem - und sich dabei rund 750 km² palästinensischen Landes angeeignet.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt erklärt, dass die Errichtung solcher Siedlungen durch Israel "keine Rechtsgültigkeit hat und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Zweistaatenlösung

und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens darstellt".

Ungeachtet dessen ist die Zahl der israelischen Siedler von schätzungsweise 247.000 zur Zeit des Osloer Abkommens (1993) auf über 700.000 im Jahr 2023 gestiegen.

Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt: diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik; strafbewehrte und administrative Hauszerstörungen; gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee; routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern; willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Verwaltungshaft (Internierung ohne Gerichtsverfahren); und ein duales Rechtssystem, nach dem Palästinenser gemäß der israelischen Militärgesetzgebung vor israelischen Militärgerichten ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verurteilt werden, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben, einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten in ordnungsgemäßen Verfahren Recht erfahren.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben die israelischen Streitkräfte Luftangriffe und militärische Angriffe auf Flüchtlingslager im Westjordanland durchgeführt, bei denen zahlreiche Palästinenser getötet, Straßen mit Bulldozern geräumt und die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurden.

Auch die bewaffneten Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser – von israelischen Politikern offen unterstützt – sind dramatisch eskaliert.“

Quelle: <https://www.icj-cij.org/case/192>; Übersetzung: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh>

19. Juli 2024: Gutachten des Internationalen Gerichtshofs

Auf Ersuchen der Generalversammlung der UN hat der Internationale Gerichtshof am 19. Juli 2024 ein Gutachten zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, abgegeben. Aus der Presseerklärung des IGH zum Gutachten.

„Schlussfolgerungen:

- Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu evakuieren.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen in den besetzten palästinensischen Gebieten entstanden ist, wieder gutzumachen.
- Alle Staaten sind verpflichtet, die durch die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffene Situation als nicht rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten.
- Internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der unrechtmäßigen Anwesenheit des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ergibt, als nicht rechtmäßig anzuerkennen.
- Die Vereinten Nationen, insbesondere die Generalversammlung, die um die Stellungnahme ersucht hat, und der Sicherheitsrat, sollten die genauen Modalitäten und die weiteren Maßnahmen prüfen, die erforderlich sind, um der rechtswidrigen Präsenz des Staates Israel in den besetzten

palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich ein Ende zu setzen.“

Der Gerichtshof begründet seine Ergebnisse unter anderem wie folgt:

(...) Israel hat aufgrund seiner Besetzung in keinem Teil des besetzten palästinensischen Gebiets Anspruch auf Souveränität oder die Ausübung von Hoheitsrechten. Auch können die Sicherheitsinteressen Israels nicht den Grundsatz des Verbots der gewaltsamen Gebietseroberung außer Kraft setzen.

(...) Der anhaltende Missbrauch Israels seiner Position als Besatzungsmacht verstößt gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und macht die Anwesenheit Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten unrechtmäßig. Diese Rechtswidrigkeit bezieht sich auf das gesamte palästinensische Gebiet, das 1967 von Israel besetzt wurde. „

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-pre-01-00-en.pdf> Deutsche Übersetzung in der SiG-Sondernummer „Palästina“, Sept 2024 <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>

Die israelische Regierung wies das Ergebnis des Gutachtens sofort zurück und leugnet die Besetzung.

18. September 2024: Beschluss der UN-Vollversammlung: Unverzögerlicher Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten!

Aus der Pressemitteilung: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmte am 18. September 2024 mit überwältigender Mehrheit für die Verabschiedung einer Resolution, die Israel auffordert, "seine rechtswidrige Präsenz" in den besetzten palästinensischen Gebieten "unverzögerlich zu beenden".

Die Resolution (...) fordert Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen.

Die Generalversammlung forderte ferner, dass Israel Land und anderes "unbewegliches Eigentum" sowie alle seit Beginn der Besatzung im Jahr 1967 beschlagnahmten Vermögenswerte und alle Kulturgüter und Vermögenswerte, die Palästinensern und palästinensischen Institutionen entwendet wurden, zurückgibt.

Die Resolution fordert Israel auch auf, allen Palästinensern, die während der Besatzung vertrieben wurden, die Rückkehr an ihren Herkunftsort zu ermöglichen und Wiedergutmachung für die durch die Besatzung verursachten Schäden zu leisten. (...)

<https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496>

Übersetzung: SiG-SN Palästina, Sept. 2024 , S. 31

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

3. Perspektiven für einen gerechten Frieden?

Januar 2002: Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, Januar 2002.

„Es darf nicht vergessen gehen, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 78 Prozent unseres Landes anerkannt haben.

Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.“

Er ist seit dem 15. April 2002 in israelischer Gefangenschaft

17. November 2023: Nada Abu Tarbush, Vertreterin des Staates Palästinas auf einem UN-Treffen an den israelischen Vertreter:

Das palästinensische Volk ist ein Volk, das sich weigert, zu verschwinden, und Ihre Nukleardrohungen und Ihre Bomben und Ihre Panzer und Ihre Bulldozer werden niemals den Willen des palästinensischen Volkes brechen, frei zu sein und in der Würde und dem Frieden zu leben, auf den alle Menschen ein Recht haben. Lassen Sie uns laut und deutlich sagen, dass es hier nicht um Religion geht und nie ging.

Menschen jüdischen Glaubens haben im historischen Palästina seit Jahrhunderten als Palästinenser gelebt. Wir betrachten sie als unsere Brüder und Schwestern, und da die Erinnerung an den Holocaust beschworen wurde, wollen wir auch laut und deutlich sagen: Wir sind sowohl mit den Opfern als auch mit den Überlebenden des Holocausts in höchstem Maße solidarisch. Es waren nicht die Palästinenser, die diesen schrecklichen Völkermord begangen haben, sondern die faschistischen Kräfte, die von Europa ausgingen, und es ist gewissenlos, dass eine Reihe von europäischen Politikern erneut die Trommel schlagen, während in Gaza ein weiterer Völkermord im Gange ist.

<https://www.youtube.com/watch?v=exMlunx37Po>

Übersetzung: SiG-SN 2 – Gaza – Dez.2023 , S.28

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

2006, Alain Gresh: Wahrscheinlich nicht zufällig wurde die Offensive gegen Gaza - „Sommerregen“ - zu einer Zeit begonnen, wo gerade alle palästinensischen Organisationen – mit Ausnahme vom Islamischen Jihad - eine gemeinsame Erklärung unterschrieben hatten, die die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates in allen 1967 besetzten Gebieten, mit Ostjerusalem als Hauptstadt vorsieht – eine Erklärung, die also faktisch Israel anerkennt.

Diese neue Friedensperspektive hat die israelische Regierung aufhalten wollen.

Das war genauso im Jahre 2002, als der arabische Gipfel in Beirut einen Plan verabschiedet hatte, der die Anerkennung des Staates Israel im Tausch gegen die Bildung eines palästinensischen Staates vorsah. Die Regierung Sharons hatte einen Selbstmordanschlag zum Vorwand genommen, um eine umfassende Offensive gegen die besetzten Gebiete zu starten.

2009, Noam Chomsky

[...] Die gewählte Regierung Palästinas unter Führung der Hamas – die Hälfte von ihnen sitzt in israelischen Gefängnissen - unterstützt den Aufruf für eine Zwei-Staaten-Lösung – die von den USA und Israel zurückgewiesen wird.

Seit mehr als 30 Jahren existiert ein überwältigender internationaler Konsens. Dieser wurde 1976 explizit gemacht, als die arabischen Staaten eine Resolution in den Sicherheitsrat einbrachten, die die Schaffung zweier Staaten forderte, gemäß der internationalen Grenze. Diese internationale Grenze war bis dahin auch von den USA akzeptiert. Gemeint ist die (israelisch-palästinensische) Grenze, wie sie vor Juni 1967 bestand. (...)

Fast die gesamte Welt ist dafür. Die USA blockieren es.

Die USA legten gegen diese Resolution ein Veto ein – ebenso wie gegen eine ähnliche im Jahr 1980. Ich will nicht alles noch einmal durchgehen, aber im Prinzip ist es bis heute das Gleiche.

Moshe Zuckermann:

„Man vergisst nur immer wieder, wer Geburtshelfer der Hamas gewesen ist, das waren die Israelis. In den 1970er und 1980er Jahren wurde Hamas gefördert, teilweise auch finanziert, um einen Keil zwischen den Hamas-Palästinensern und den PLO-Palästinensern zu schieben. Über Jahre war das auch die Politik von Netanjahu: Hamas darf nicht gestürzt werden. Wir bekämpfen sie, bombardieren sie, aber sie dürfen nicht gestürzt werden. Wir brauchen ja Hamas.

Aber ich glaube, dass man nie vergessen darf, dass man die Geister, die man selber rief, nicht wieder los wird. “

IPG-Journal, 31.7.2024: Zur Ermordung von Haniyeh: „Haniyeh war der politische Kopf der Verhandlungsfraktion, mit ihm stirbt diese Option womöglich endgültig. Dies freilich ist ganz im Sinne Benjamin Netanjahus, der erst vor Tagen in Washington unter Jubelstürmen amerikanischer Volksvertreter den „totalen Sieg“ als Ziel ausgab.“

Alain Gresh, August 2024: Israel lehnt Bidens Drei-Phasen-Plan ab (31.Mai 2024)

Zwei Aspekte bewogen die Hamas, diesem Plan zuzustimmen: das definitive Kriegsende und der komplette Rückzug der israelischen Armee aus Gaza.

Doch Israel stellte im Anschluss neue Forderungen, die von den USA akzeptiert wurden: die fortgesetzte Kontrolle sowohl über den Philadelphi-Korridor – eine 14 Kilometer lange Sicherheitszone zwischen dem Gazastreifen und Ägypten – als auch über den Netzarim-Korridor, den die israelische Armee angelegt hat und der den Gazastreifen in zwei Hälften teilt. Zudem sollen die Verpflichtungen im Rahmen des dauerhaften Waffenstillstands hinreichend vage sein, um es Israel zu erlauben, den Kampf bei Bedarf wieder aufzunehmen. Denn Benjamin Netanjahu möchte den Krieg fortsetzen, nicht nur in Gaza.

27. September 2024: Jordanischer Außenminister vor der UN-Generalversammlung:

«Netanyahu hat heute erklärt, Israel sei umzingelt von Staaten, die Israel zerstören wollen. Der gemeinsame islamisch-arabische Ministerausschuss vertritt hier 57 arabische und muslimische Länder. Ich kann Ihnen unmissverständlich sagen:

Alle sind bereit, hier und jetzt, die Sicherheit von Israel zu garantieren, wenn Israel die Besatzung beendet und die Entstehung eines palästinensischen Staates zulässt.

Wir wollen einen Frieden, in dem Israel in Frieden und Sicherheit leben kann. Alle arabischen Länder möchten ihre Beziehungen mit Israel normalisieren.

Die Voraussetzung ist der Rückzug Israels aus arabischem Territorium und die Möglichkeit, einen unabhängigen und souveränen palästinensischen Staat zu gründen, wie er am 4. Juni 1967 vorgesehen war. Wir haben einen Friedensplan. Israel hat keinen. Netanyahu will keinen Frieden, weil er keine Zweistaatenlösung will.»

Israelis und Palästinenser für den Frieden

- „**Breaking the Silence**“ ist eine Organisation von Soldatenveteranen, die seit Beginn der Zweiten Intifada im israelischen Militär gedient haben und es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Öffentlichkeit mit der Realität des täglichen Lebens in den besetzten Gebieten vertraut zu machen.

Unsere Arbeit zielt darauf ab, die Besatzung zu beenden.“

- Die Initiatoren des Protests „**Rabbis for human rights**“ sind im Westjordanland aktiv, wo sie insbesondere palästinensische Bäuerinnen und Bauern vor Angriffen von Siedlern schützen. Der Siedlergewalt, die von Jahr zu Jahr schlimmer wird und Palästinenser vertreibt, stellen sich die Rabbis gemeinsam mit palästinensischen Aktivistinnen und Aktivisten entgegen und riskieren dabei ein ums andere Mal, selbst verletzt zu werden.[...]

- **Standing Together** organisierte gemeinsam mit anderen Organisationen den Schutz von Lebensmittellieferungen bis zum Grenzübergang nach Gaza. Eigentlich ist das israelische Militär offiziell für den Schutz der Lieferungen vor Übergriffen zuständig. Doch es kommt seinem Auftrag oft nicht nach. Schlimmer noch, das Militär [verriet die Routen der LKWs gewaltbereiten Siedlern](#).

Der Schutz durch Standing Together und ihre Verbündeten verhinderten zwei Wochen lang Angriffe auf LKWs. Die Angreifer gaben irgendwann auf. Die rechtsradikalen Gruppen und die Siedler verkündeten frustriert, [dass sie die LKWs nicht länger blockieren oder attackieren würden](#).

- **Aufruf von palästinensischen und israelischen Müttern für Frieden:** Wir fordern, dass unsere Staats- und Regierungschefs unserem Aufruf nachkommen und umgehend Friedensgespräche und -verhandlungen beginnen. Wir fordern, dass innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens eine politische Lösung für den langen und schmerzhaften Konflikt erreicht wird.

Wir rufen die Frauen der Welt auf, uns zu unterstützen, für eine Zukunft von Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Würde und Freiheit für uns selbst, unsere Kinder und die Menschen in der Region.

- **Combatants for Peace:** Wir, Palästinenser und Israelis, leisten gemeinsam Widerstand gegen die Gewalt, die Unterdrückung und die Ungerechtigkeit. Wir wählen den Weg des Friedens und des gegenseitigen Respekts. Wir bereiten den Weg für künftige Generationen. Wir lieben unser gemeinsames Land, und wir wissen, dass es Platz für zwei Völker hat.

- **International Solidarity Movement**

Die im August 2001 gegründete Internationale Solidaritätsbewegung (ISM) ist eine von den Palästinensern

geführte Bewegung, die sich dem Widerstand gegen die Unterdrückung und Enteignung der palästinensischen Bevölkerung verschrieben hat, indem sie gewaltfreie, direkte Aktionsmethoden und -prinzipien anwendet. Die Mitglieder stehen unmittelbar an der Seite der Palästinenser in Olivenhainen, auf Schulwegen, bei Demonstrationen, in Dörfern, die angegriffen werden, bei der Häuserzerstörung, bei Schikanen oder Angriffen von Soldaten und Siedlern ausgesetzt sind, sowie in zahlreichen anderen Situationen.

- 2024: ICAHD – israelisches Komitee gegen die Häuserzerstörungen

Jede Lösung muss mehrere grundlegende Prinzipien beinhalten muss: Nationale Selbstbestimmung für beide Völker (die nicht nur ethnische Gruppen sind), allgemeine wirtschaftliche Lebensfähigkeit, Einhaltung der Menschenrechte, des Völkerrechts und der UN-Resolutionen, eine echte Lösung der Flüchtlingsfrage und ein regionaler Ansatz, der die Sicherheitsbedenken Israels, der Palästinenser und aller Staaten der Region berücksichtigt. Daher unterstützen wir das Programm der One Democratic State Campaign (<https://onestatecampaign.org>) mit Begeisterung. Wir unterstützen auch die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagne (BDS).

- Zochrot, Israel, Oktober 2023

Die Sicherheit der Israelis darf nicht von der Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser abhängen. Vielmehr sind unsere Sicherheit und unser Wohlergehen von der Sicherheit gegenseitig abhängig.

Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind.

Inmitten von Tod und Zerstörung war es noch nie so wichtig wie heute, die Vision der Entkolonialisierung, der Rückkehr der Flüchtlinge, einschließlich derer in Gaza, und eines gemeinsamen, gerechten und friedlichen Raums für alle, die hier leben, hochzuhalten.

Die Verantwortung, den Kreislauf der Gewalt zu beenden, liegt bei uns, und sie sollte durch Entkolonialisierung erreicht werden. Wenn

jeder friedliche oder disziplinierte Weg zur Befreiung blockiert ist, werden unterdrückte Menschen auf die jahrzehntelange Gewalt, die ihnen angetan wurde, mit Gewalt reagieren. (...)

Veränderung ist möglich. Aber wer hat die Macht zur Veränderung? Die Palästinenser haben eine lange Geschichte der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Gewalt erduldet. Wenn wir von der Beendigung des Kreislaufs der Gewalt sprechen, ist es Israel als Besatzungs- und Machtmacht, das den Schlüssel zur Verwirklichung dieses Ziels in der Hand hält, und es ist die israelische Gesellschaft, die einen anderen Weg wählen muss.

USA: Jüdische Stimme für den Frieden

Jewish voice for peace, 25.9.2024 :

Die USA sollen die Bewaffnung Israels einstellen!

Fast ein Jahr nach dem Völkermord in Gaza steuert Israels fanatische Regierung auf die totale Dezimierung und ethnische Säuberung des Südlibanon zu.

Im letzten Jahr haben die USA Waffen und militärische Mittel im Wert von Milliarden Dollar an das israelische Militär geschickt, während es die Palästinenser abschlachtete und aushungerte. Die USA schicken in Erwartung eines größeren Krieges mehr Truppen in die Region.

Gerade wegen dieses Klimas der Straffreiheit ist die israelische Regierung so ermutigt, wie sie es heute ist. Die einzige Möglichkeit, den Völkermord in Gaza zu beenden und zu verhindern, dass dieser Völkermord auf den Libanon ausgeweitet wird, besteht darin, dass die USA die Bewaffnung Israels einstellen.

Wer finanziert die Waffen?

Im TNI-Bericht „The companies arming Israel and their financiers“ heißt es, europäische Finanzinstitutionen haben 36,1 Milliarden Euro in Form von Krediten und Bürgschaften bereitgestellt haben und 26 Milliarden Euro in Form von Aktien und Anleihen an Unternehmen halten, die Waffen an Israel verkaufen.

16. Oktober 2023: Dringender Appell der palästinensischen Gewerkschaften

Beendet alle Komplizenschaft, stoppt die Bewaffnung Israels

(...) Angesichts der Eskalation der israelischen Militärkampagne appellieren die palästinensischen Gewerkschaften an ihre internationalen Partner und an alle Menschen mit gutem Gewissen, jede Form der Komplizenschaft mit Israels Verbrechen zu beenden - und vor allem den Waffenhandel mit Israel sowie jegliche Finanzierung und militärische Forschung zu unterbinden.

Diese bedrohliche, völkermörderische Situation kann nur durch einen massiven Anstieg der weltweiten Solidarität mit dem palästinensischen Volk abgewendet werden, wodurch die israelische Kriegsmaschinerie gebremst werden kann. Wir brauchen Sie, um sofortige Maßnahmen zu ergreifen - wo auch immer Sie sich in der Welt befinden - um die Aufrüstung des israelischen Staates und der an der Infrastruktur der Blockade beteiligten Unternehmen zu verhindern.

Wir rufen die Gewerkschaften in den betreffenden Branchen auf:

1. Sich zu weigern, für Israel bestimmte Waffen zu bauen.
2. Sich zu weigern, Waffen nach Israel zu transportieren.
3. In ihrer Gewerkschaft entsprechende Anträge zu stellen.
4. Gegen mitschuldige Unternehmen vorzugehen, die an der Umsetzung der brutalen und illegalen Belagerung Israels beteiligt sind, insbesondere wenn sie Verträge mit Ihrer Institution haben.
5. Druck auf die Regierungen ausüben, um den gesamten Militärhandel mit Israel und im Falle der USA die Finanzierung des Landes zu stoppen.

Wir fordern Sie auf, Ihre Stimme zu erheben und angesichts der Ungerechtigkeit aktiv zu werden, wie es die Gewerkschaften in der Vergangenheit getan haben. Wir machen diesen Aufruf in der Überzeugung, dass der Kampf für palästinensische Gerechtigkeit und Befreiung nicht nur ein regionaler und globaler Kampf ist. Er ist ein Hebel für die Befreiung aller enteigneten und ausgebeuteten Menschen in der Welt.

<https://www.etun-palestine.org/site/2023/10/16/an-urgent-call-from-palestinian-trade-unions-end-all-complicity-stop-arming-israel/>

Übersetzung: SN Gaza, Okt. 2023

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

4. Deutsche Regierungspolitik und unsere Handlungsmöglichkeiten

4. Februar 2002: Edward Said zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel

Deutschland spielt eine besondere Rolle. Eine ganze Nation von Palästinensern wurde im Laufe der letzten Jahrhunderthälfte verdrängt und enteignet, vor allem auf Grund des europäischen Antisemitismus. Was den Juden Europas (besonders durch deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk – das an der Katastrophe keinen Anteil hatte – mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste.

Die offizielle deutsche Haltung zu Problemen des Nahen Ostens hält sich eng an die vorgegebenen Leitlinien amerikanischer Politik, die sich auch in der europäischen Union durchgesetzt haben – auch wenn die Amerikaner in ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Israels sehr viel weiter gehen als die Europäer. Gewiss, es war richtig, dass das deutsche Volk Israel Reparationen zahlte, aber warum glaubt man in Deutschland, der vollkommen gerechtfertigte Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung ließe sich entweder ignorieren oder nur mit bloßen Erklärungen hier und da unterstützen? Ich möchte deshalb meine deutschen Leser auffordern, die notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen. Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann.

(Edward Said, das Ende des Friedensprozesses, Oslo und danach 2003, Berlin Verlag, S. 29)

Keine Waffenlieferungen!

Im Februar 2024 reichte Nicaragua schließlich gegen Deutschland Klage beim IGH ein wegen "Beihilfe zum Völkermord". „Während die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen die illegalen Handlungen Israels verurteilten, bekräftigte der deutsche Bundeskanzler am 12. Oktober 2023 die volle Unterstützung Deutschlands für Israels Militäraktion, die bereits offenkundig willkürlich war.

Am 12. November 2023 erklärte der deutsche Bundeskanzler öffentlich, dass er gegen einen dringend notwendigen Waffenstillstand sei. Die öffentlichen Aufrufe, das Massaker zu stoppen, waren zahlreich und wurden fortgesetzt. Dennoch setzte Deutschland seine Unterstützung für Israel fort. Bis Ende 2023 hatte die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Israel im Wert von 326 Millionen Euro bewilligt.“ (Übersetzung: <https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/0b91d065c6-1716622294/sig-sn-auszuge-der-klage-von-sudafrika-und-von-nicaragua.pdf>)

10. Oktober 2024: Bundeskanzler Scholz erklärt vor dem Parlament: „Wir haben Waffen geliefert und werden Waffen liefern. Das ist die Haltung der Bundesregierung. Wir haben Entscheidungen getroffen in der Regierung, die auch sicherstellen dass es demnächst weitere Lieferungen geben wird.“

<https://www.mdr.de/nachrichten/app-aktuell/video-scholz-israel-waffenlieferungen-100~amp.html>

Juli 2024: Shir Hever über die deutschen Waffenlieferungen an

Israel: Es gibt viele Waffen, die von Deutschland nicht als Kriegswaffen eingestuft sind, zum Beispiel die Motoren für die Panzer, die der deutsche Triebwerkhersteller MTU Aero Engines AG produziert. Wir haben sehr viele Beweise und Indizien aus Gaza, dass israelische Soldaten mit ihren Panzern absichtlich Zivilisten überfahren haben. Also sind diese Motoren eine tödliche Waffe, das weiß natürlich die deutsche Regierung.

Bei den Waffenlieferungen nach Israel sind die USA auf dem ersten Platz, Deutschland ist auf dem zweiten Platz. Deutschland verkauft nicht nur Waffen an Israel, Deutschland liefert auch Waffen an Israel, die aus den USA stammen.

<https://globalbridge.ch/stopp-den-deutschen-waffenlieferungen-an-israel/>

Palästina-Staat anerkennen!

Im Mai 2024 stimmte die UN-Generalversammlung mit 143 Stimmen (25 Enthaltungen, 9 Gegenstimmen) für eine Vollmitgliedschaft Palästinas

Am 28. Mai 2024 haben Norwegen, Spanien und Irland offiziell Palästina als eigenständigen Staat anerkannt. Die spanische Regierung verabschiedete ein Dekret, indem betont wird, dass dies eine historische Entscheidung sei, die ein einziges Ziel hat: „Den Israelis und den Palästinensern zum Frieden zu verhelfen“. Es wurde betont, dass diese Entscheidung im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates stehe und Spanien deshalb die Grenzen von 1967 anerkenne, die es vor dem Sechstagekrieg gab. Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre erklärte: „Palästinenser haben ein grundlegendes, unabhängiges Recht auf einen eigenen Staat, um in diesem in Frieden zu leben.“

Und die deutsche Regierung? Nichtsdergleichen

Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel

164 Organisationen in Europa fordern die Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel angesichts der Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT).

„ (...) Derart schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht und das humanitäre Recht wären niemals möglich gewesen, wenn die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Europäischen Union, Israel für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen und geeignete Maßnahmen ergriffen hätte.

Es ist an der Zeit, dass dieser gescheiterte Kurs geändert wird.

Die Achtung der Menschenrechte ist ein „wesentliches Element“ der EU-Assoziierungsabkommen mit Partnerländern.

Die Verletzung der sogenannten „wesentlichen Elemente“ ermöglicht es der EU, ein Assoziierungsabkommen gemäß Artikel

60 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge ganz oder teilweise **zu kündigen oder auszusetzen**.

Drittstaaten tragen nach dem Völkerrecht die Verantwortung für die Verhinderung von Völkermord und müssen daher alle in ihrer Macht stehenden diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ergreifen, um einen Völkermord in Gaza zu verhindern. „

<https://www.eccpalestine.org/european-call-suspend-the-eu-israel-association-agreement/>

In einer Petition, für die Unterschriften gesammelt werden, heißt es: Wir fordern von der Bundesregierung:

1. sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;
2. alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;
3. von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;
4. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;
5. im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;
6. die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;
7. sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;
8. das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>

5. Internationale Solidarität

Stimme von Gustavo Petro, Präsident Kolumbiens

"Sie zeigen uns einen Völkermord vor unseren Augen.

Es ist nicht die Dynamik des alten israelisch-palästinensischen Konflikts. Deutschland, Frankreich, die Europäische Union, das Vereinigte Königreich und vor allem die Vereinigten Staaten unterstützen den Völkermord,... den Abwurf von Bomben auf die Köpfe von Menschen....

Sie sagen uns, schauen Sie sich unsere militärische Macht an, was in Palästina passiert, kann jedem von Euch passieren, wenn Ihr es wagt, ohne Erlaubnis Änderungen vorzunehmen."

<https://amerika21.de/analyse/269757/der-gaza-krieg-und-lateinamerika>

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat am 10. Oktober angesichts der Eskalation des Konflikts im Nahen Osten zu Waffenstillstand und globaler Friedensinitiative aufgerufen -

„(...) Der IGB betont die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit, um der Gewalt ein Ende zu setzen und eine dauerhafte Lösung für die Menschen in der Region zu sichern, und zwar durch Dialog, Achtung des Völkerrechts - insbesondere des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte - und die vollständige Umsetzung der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, um eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen.(...)

<https://www.ituc-csi.org/stop-aggression-and-war-ituc?lang=en>

Jewish Voice of Peace, Oktober 2023:

Die Wurzel der Gewalt ist Unterdrückung

Seit 16 Jahren erstickt die israelische Regierung die Palästinenser im Gazastreifen unter einer drakonischen Luft-, See- und Land-Militärblockade, hält zwei Millionen Menschen gefangen, lässt sie hungern und verweigert ihnen medizinische Hilfe. Die israelische Regierung richtet routinemäßig Massaker an den Palästinensern in Gaza an. Zehnjährige, die in Gaza leben, sind in ihrem kurzen Leben bereits durch sieben große Bombenangriffe traumatisiert worden.

Seit 75 Jahren hält die israelische Regierung eine militärische Besatzung über die Palästinenser aufrecht und betreibt ein Apartheidregime. Palästinensische Kinder werden bei Razzien im Morgengrauen von israelischen Soldaten aus ihren Betten gezerrt und ohne Anklage in israelischen Militärgefängnissen festgehalten. Die Häuser von Palästinensern werden von israelischen Siedlermassen in Brand gesteckt oder von der israelischen Armee zerstört. Ganze palästinensische Dörfer sind gezwungen, zu fliehen und ihre Häuser, Obstgärten und Ländereien zu verlassen, die seit Generationen im Familienbesitz sind.

Das Blutvergießen von heute und in den vergangenen 75 Jahren geht direkt auf die Komplizenschaft der USA mit der Unterdrückung und dem Schrecken zurück, die durch Israels militärische Besetzung verursacht werden. Die US-Regierung ermöglicht immer wieder israelische Gewalt und trägt die Schuld für diesen Moment. Wir fordern, dass die US-Regierung unverzüglich Schritte unternimmt, um die militärische Finanzierung Israels einzustellen und die israelische Regierung für ihre schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir verpflichten uns, unsere Kampagnen für Boykott, Desinvestition und Sanktionen zu verstärken, um die Milliarden zu stoppen, die von Unternehmen und privaten Stiftungen in die israelische Kriegsmaschinerie fließen.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=104981>

Refaat Alareer

Wenn ich sterbe,

musst du meine Geschichte weitertragen
meine Dinge verscherbeln
ein Stück Stoff erwerben
und etwas Faden

(mach daraus einen langen Schweif, weiß muss er sein)

So wird ein Kind, irgendwo in Gaza
es guckt den Himmel
es wartet auf Papa
der im Rauch verschluckt wurde
der keinen Abschied vorbereitet hat
von niemandem
nicht einmal von sich selbst,
von seinem eigen Fleisch und Blut
einen Drachen sehen
einen Drachen den du fliegen lässt
und an einen Engel denken
einen Engel der die Liebe zurückbringt
Wenn ich sterbe

Lass meine Stimme Hoffnungsträger sein
Hör meine Geschichte und mach sie dein

<https://thisisgaza.wordpress.com/2011/11/27/if-i-must-die/>

Übersetzung: <https://www.gefangenen.info/3987/gedicht-if-i-must-die-von-refaat-alareer/>

Der palästinensische Dichter und Literaturprofessor Refaat Alareer wurde am 6. Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff im Norden des Gazastreifens getötet.

Refaat Alareer lehrte seit 2007 englische Literatur und kreatives Schreiben an der Islamischen Universität von Gaza-Stadt und gehörte zu den Mitbegründern des Projekts „We are not numbers“.

<https://wearenotnumbers.org/>

